

Berliner Erklärung
der wissenschaftspolitischen Sprechertagung der CDU/CSU-Landtagsfraktionen in
Berlin vom 22.-23. Oktober 2023

Deutschland ist einer der innovativsten, leistungsstärksten und dynamischsten Wissenschaftsstandorte. Forschung und Wissenschaft leisten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung drängender ökologischer, sozialer und ökonomischer Herausforderungen unserer Zeit. Der Klimawandel und dessen Folgen stellen Herausforderungen dar, denen wirksam und nachhaltig nur mit technologischen Neuerungen begegnet werden kann. In dieser Situation müssen Wissenschaft und Forschung besonders gestärkt werden, um insbesondere auch der jungen Generation Möglichkeiten zu bieten, mit Ideen und Innovationen zur Verbesserung und Fortschritt in der Welt beizutragen. Der Transfer von Technologien und Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft stärkt nicht zuletzt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und stellt sicher, dass in Deutschland auch die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Die Stärkung des Wissenschafts- und Hochschulbereichs ist daher von besonderer Bedeutung für Nachhaltigkeit, sozialen Zusammenhalt und Wohlstand. In der Berliner Erklärung der wissenschaftspolitischen Sprechertagung 2023 nehmen die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen hierzu Stellung.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen des Nahostkonflikts wird Antisemitismus leider in der deutschen Gesellschaft und auch an den Hochschulen sichtbar. Wir treten Antisemitismus in jedweder Form mit allem Nachdruck entgegen und erwarten dies ebenso von allen Hochschulen. Antisemitische Äußerungen oder Einstellungen haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.

1. Freiheit für Wissenschaft & Forschung

Um innovative Ideen – auch *out of the box* – zu fördern, ist Wissenschafts- und Forschungsfreiheit ein unabdingbares Gut. Deutschland muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse und in die Freiheit der Wissenschaft zu stärken, um gesamtgesellschaftlichen und globalen Herausforderungen, etwa dem Klimawandel, durch wissenschaftliche Exzellenz und Innovation zu begegnen. Die Freiheit und die Exzellenz von Forschung sind für uns nicht trennbar. Deutschland muss sich in diesem Sinne geschlossen und mit ganzer Kraft im Rahmen der Europäischen Union und im Verbund u.a. mit den USA und Kanada für ein abgestimmtes Vorgehen gegen Versuche der Einflussnahme auf die Freiheit von Wissenschaft und Lehre durch autoritäre Regime einsetzen.

Hochschulen können nur mit gestärkter **Autonomie** Freiräume schaffen und sämtliche Potentiale heben. Dabei ist akademische Selbstverwaltung ein elementarer Baustein von Autonomie. Die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit trägt nicht nur zu einem erhöhten Lösungsfindungspotential durch Ideenvielfalt sowie der Ausbildung außergewöhnlicher Köpfe bei, sondern bietet Hochschulen auch die Möglichkeit der Profilbildung. Es bedarf Mut und Optimismus für neue Erkenntnisse sowie Technologien, ohne dabei auf transparente Technikfolgenabschätzung sowie ethische Überlegungen zu verzichten, die

sicherstellen, dass Wissenschaft und Fortschritt dem Wohle der Gesellschaft und des Menschen dienen sollen.

Eine starke Innovationskultur braucht auskömmliche **Förderprogramme** und Gesetzestexte, die ideale **Rahmenbedingungen** sowie den notwendigen Spielraum schaffen, um Ideen und Innovationen „Made in Germany“ zu ermöglichen. Die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher befürworten eine Verschlinkung von inhaltlichen Zielvorgaben in Hochschulverträgen sowie –gesetzen und setzen sich aktiv für ein freies und dynamisches Forschungsumfeld an Hochschulen und Instituten ein. Drittmittel stellen bei der Gewährleistung von herausragenden Forschungsideen ein wichtiges Instrument dar. Neben öffentlichen Drittmitteln sind auch Mittel aus der Wirtschaft und Industrie zur Förderung von innovativer Spitzenforschung zu begrüßen.

2. Digitalisierung & KI

Die Digitalisierung hat die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft in den vergangenen Jahren geprägt und verändert. Dazu haben auch die besonders schwierigen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie beigetragen. Deutschland muss daher Vorreiter einer digitalisierten Hochschullandschaft sein. Eine moderne Hochschulverwaltung gilt es demnach sicherzustellen und die Potentiale digitaler Instrumente und Methoden in den Bereichen Lehre und Forschung voll auszuschöpfen. Gleichzeitig müssen auch finanzielle Ressourcen für den Schutz der digitalen Infrastruktur vor Hackerangriffen zuverlässig zur Verfügung gestellt werden.

Von besonderer Bedeutung ist daher, dass die Länder in Kooperation mit den Hochschulen einen bundesweit abgestimmten **Strategieplan Digitalisierung** erarbeiten, um die notwendigen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung sowie einen Zeitplan zur kurz-, mittel- und langfristigen Zielsetzung zu schaffen. Im Zuge dieser Strategie steht ebenfalls die Entwicklung von didaktischen und pädagogischen Lehrkonzepten, die Implementierung digitaler Medienbildung und –kompetenz in Hochschulcurricula, die Qualifizierung von Lehrenden, die Entwicklung und Sicherstellung von Schnittstellen zwischen vorhandenen Informationssystemen und dem fortlaufenden Ausbau von Datenbeständen sowie die Festlegung von bundesweit abgestimmten Datenschutzstandards. Die Finanzierung der notwendigen Software, Hardware und des Personals zur Verstetigung und Administration digitaler Lehrangebote sind dabei ebenfalls wichtige Elemente, um digitale Lehre nicht nur als Pandemiemaßnahme, sondern als innovative Zukunftsperspektive nutzbar zu machen.

Auch die Hochschulverwaltung muss durch Digitalisierungsmaßnahmen effektiver und flexibler gestaltet werden. Angebote wie digitale Studiaausweise oder Zeugnisse, leistungsstarke Content-Management-Systeme und Hochschulorganisationssoftware sowie Hochschul-Apps dienen der Erleichterung des Studien- und Lehralltags.

Die Förderung von Open-Access-Publikationen und offenen Forschungsdaten ist in diesem Kontext besonders wichtig. Dabei sprechen sich die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher für die Unterstützung der Hochschulen bei rechtssicheren **Open-Access- und Open-Data-Angeboten** aus. Die Digitalisierung von Literatur- oder Artefakt-Beständen gilt es hierbei ebenso auszubauen wie die innovativen Angebote von Bibliotheken. Digitale Systeme sind dabei auch in Forschungseinrichtungen einzusetzen, um innovative Behandlungs- und Betreuungspotentiale aktiv zu nutzen.

Einen besonderen Fokuspunkt liefert dabei **Künstliche Intelligenz (KI)**. Daher ist es wichtig, vorhandene Anreize zur Ansiedlung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Gründerinnen und Gründern sowie Professuren, Studiengängen und Forschungseinrichtungen mit dem Schwerpunkt KI auszubauen. Plattformen für einen intensiven Austausch mit der Wirtschaft und Unternehmen sind zu stärken bzw. zu schaffen, um eine innovative Dynamik hinsichtlich des Einsatzes und der Weiterentwicklung von KI zu ermöglichen. Gerade die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sollen dabei ein starker Treiber für den Wissens- und Knowhow-Transfer von KI in kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sein. Eine nachhaltige und auskömmliche institutionelle sowie finanzielle Infrastruktur zur Förderung und Anziehung von Spitzenforschung im Bereich KI streben die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher an, um das volle Innovationspotential von KI für den Wissenschaftsstandort Deutschland auszuschöpfen.

3. Förderung, Beratung & Lehre

Die Förderung und Beratung von Studierenden ist ein wichtiges Element, um den Studienerfolg zu sichern. Dazu zählen Angebote für Studierende, die Unterstützung und Orientierung benötigen, aber auch die Förderung von besonders begabten Studierenden. Über ein **hochschulinternes Beratungssystem** sollen Studierende die ideelle, strukturelle und finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Fähigkeiten ganzheitlich und frei zu entwickeln. Daher sprechen sich die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher für eine Stärkung des **Deutschlandstipendiums** sowie den Ausbau von Beratungsmöglichkeiten hinsichtlich weiterer Stipendienmöglichkeiten aus.

Neben der Beratung und Unterstützung ist aber vor allem auch die Förderung von selbständigen und reflektierten Persönlichkeiten das Ziel des Studiums. Studierenden muss daher die Möglichkeit für das **Selbststudium** sowie für einen kritischen Austausch zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist ein adäquater **Betreuungsschlüssel** notwendig für die Garantie guter Lehre und guten Lernens. Auch als Konsequenz der Pandemie-Erfahrungen ist die **psychosoziale Betreuung** von Studierenden an Hochschulen mitzudenken.

Ziel muss ebenfalls eine Flexibilisierung des **BAföG** sein, zum Beispiel über die Ausweitung des BAföG für zweite Ausbildungspfade oder das Teilzeitstudium, sodass sich die Förderung an die Lebenswirklichkeit jedes einzelnen Menschen anpasst und die Hochschulbildung gleichzeitig dynamisiert werden kann. Dazu gehört für uns auch eine Anhebung des BAföG-Grundbedarfes sowie der Wohnkostenpauschale. Darüber hinaus sind aus Sicht der wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher einfachere Antragstellungsverfahren sowie eine kürzere Bearbeitungsdauer notwendig, zum Beispiel über die vollständige Digitalisierung des BAföG-Antragsprozesses und die Reduktion der Nachweisanzahl, damit mehr junge Menschen vom BAföG profitieren können. Weiterhin müssen die Anstrengungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende weiter gestärkt werden.

Die **Qualität von Lehre** gilt es zu stärken und die Qualifizierungspfade an Hochschulen auszubauen und flexibler zu gestalten. Qualitativ hochwertige Lehrprojekte sollten daher die notwendige Sichtbarkeit erhalten, um eine Strahlkraft auch für andere Institutionen zu entwickeln. Die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher

befürworten daher Lehrinnovationen, die kontinuierliche Weiterbildung von Lehrenden oder auch die Auslobung von Lehrpreisen.

4. Inklusion & Karriere

Universitäten und Hochschulen sollen ein Ort der freien akademischen Entfaltung und Kompetenzbildung sein. Daher ist es wichtig, die Teilhabe sowie Forschungs-, Lehr- und Lernbedingungen für alle Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter adäquat zu gestalten.

Die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher setzen sich für die **Teilhabe** von Studierenden mit Beeinträchtigung oder pflegerischen Aufgaben ein, bspw. über barrierefreie Online-Angebote. Auch vor dem Hintergrund einer immer heterogener werdenden Studierendenschaft sollen offene und qualitativ hochwertige Studienmöglichkeiten geschaffen werden, die eine fachliche Qualifikation ungeachtet von sozialer Herkunft und Lebensumständen garantieren. Die unterschiedlichen Studienangebote in Deutschland, wie duale oder Teilzeit-Studiengänge, ermöglichen ebenfalls eine Qualifizierung angepasst an die jeweilige Lebensrealität. Über die Schaffung von familienfreundlichen Hochschulbedingungen soll die Vereinbarkeit von Studium, akademischer Karriere und Familie gestärkt werden. **Chancengerechtigkeit** ist ein zentrales Fundament einer offenen und innovativen Hochschullandschaft. Daher setzen sich die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher für die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern ein. Denn exzellente Wissenschaft braucht neben Originalität und optimal geförderten Potentialen auch diverse Perspektiven und Erfahrungshorizonte.

Deutschland ist weltweit ein hochattraktiver Hochschulstandort mit einem exzellenten Ruf. Dies gilt es klug weiterzuentwickeln. Um hochqualifizierte **Fachkräfte** an eigenen Hochschulen auszubilden und aus dem Ausland die besten Köpfe für Deutschland verstärkt zu gewinnen, müssen bessere Karriereperspektiven im Anschluss an die Promotion frühzeitig geschaffen werden. Während akademische Karrierewege flexibilisiert werden müssen, bedürfen sie auch der notwendigen Rahmenbedingungen, um planbare und doch flexible Pfade zu ermöglichen. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nicht dauerhaft an Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen bleiben wollen oder können, müssen rechtzeitig durch ein entsprechendes Beratungs- und Placementangebot bei der Suche nach alternativen beruflichen Karrieren unterstützt werden. Für **verlässliche und realistische Karriereperspektiven** bedarf es einer Mittelbaustrategie, die zu mehr Planbarkeit führt und gleichzeitig Anreize für eine Modernisierung und Professionalisierung von Strukturen setzt. Damit einhergehen muss auch die Verankerung klarer Standards der Personalentwicklung und -begleitung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Arbeitsbedingungen in Wissenschaft, Forschung und Lehre müssen attraktiver werden, bspw. über adäquate Forschungsausstattung, gezielte Personalentwicklung sowie moderne Formen des agilen und mobilen Arbeitens. Hierbei ist es ebenfalls wichtig, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, um mehr **internationale Studierende** zu werben. Kontinuierliche Nachwuchsförderung ist dabei genauso wichtig, wie die Erschließung von Synergieeffekten im Zusammenwirken der Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der regionalen Wirtschaft, bspw. hinsichtlich gemeinsamer Berufungen oder Tenure-Track-Stellen.

5. Spitzenforschung, Zukunftstechnologien & Nachhaltigkeit

Spitzenforschung ist der Treiber gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und technologischer Innovation. Die gezielte Unterstützung der Hochschulen im Zuge der **Exzellenzstrategie** ist von elementarer Bedeutung. Deutsche Universitäten müssen in den internationalen Top-Rankings sichtbar aufsteigen. Exzellente Universitäten müssen entsprechend gezielt weiter gefördert werden.

Um als wichtiger Teil der Lösung von aktuellen und zukünftigen Herausforderungen adäquat agieren zu können, brauchen Hochschulen und Forschungseinrichtungen angemessene räumliche sowie finanzielle Rahmenbedingungen. Neben einer **auskömmlichen Grundfinanzierung** zählen hierzu auch die Förderung von Laboren, Experimentierräumen oder koordinativen Unterstützungsangeboten. Großforschungsanlagen, die innovative Grundlagenforschung ermöglichen, müssen vereinbarungsgemäß von Bund und Land solide und langfristig finanziert werden. Die entsprechenden Antragsprozesse müssen klar strukturiert und kommuniziert werden. Nur über eine adäquate Stärkung der Wissenschaftslandschaft können innovative Erkenntnisse und Entwicklungen geschaffen und für die Gesellschaft auch nutzbar gemacht werden. Bspw. über die gezielte Förderung von Klima- oder biomedizinischer Forschung kann die gesellschaftliche Resilienz gegenüber Wetterveränderungen oder Pandemien gesteigert werden. Spezialisierte Institute in weiteren zukunftsweisenden Bereichen, wie bspw. Biotechnologien, Medizin, Quantenforschung, KI-Forschung oder IT sind administrativ, strukturell und finanziell zu fördern. Eine stärkere **Vernetzung auf europäischer und internationaler Ebene** ist für die Spitzenforschung in der deutschen Wissenschaftslandschaft besonders wichtig.

Hochschulen sind Vorbilder und Vorreiter gesellschaftlicher Entwicklung. Daher sollen sie auch in ihrem eigenen Betrieb – in Forschung, Lehre und Administration – die Konzepte von **Nachhaltigkeit, Innovation und Resilienz** stärken. Die Kompetenzen und Potentiale der Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen zur aktiven Mitgestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft müssen aktiv genutzt werden.

Die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher bekennen sich zum **Pakt für Forschung und Innovation (PFI)** und damit zur finanziellen Planungssicherheit für außeruniversitäre Wissenschaftsorganisationen. Über die strategische Förderung von universitärer und außeruniversitärer Forschung gleichermaßen kann der Wissenschaftsstandort Deutschland und dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Die innovationsfeindliche Haushaltspolitik der Ampel-Koalition muss ein Ende haben. Damit Deutschland Zukunftstechnologien mitgestalten und den Wohlstand erhalten kann, müssen die Mittel u.a. für Quantentechnologie, KI- und digitale Innovationen und Lebenswissenschaften (inkl. Forschung an neuartigen Medikamenten und Therapien) strategisch ausgebaut werden.

6. Wissenschaftskommunikation

Wissenschaftskommunikation ist ein zentrales Instrument, um innovative Forschungsergebnisse sichtbar zu machen. Die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher setzen sich daher aktiv für eine Stärkung der Wissenschaftskommunikation ein. Hierzu sollen verschiedene Kommunikationsformate

und -kanäle gefördert werden, wie Konferenzen, Workshops, Publikationen, Veranstaltungen oder Social-Media. Digitalisierung spielt auch hier eine gewichtige Rolle, bspw. bei digitalen Ausstellungen oder Ausstellungsanteilen, Veröffentlichungen oder interaktiven Webpages. Die Länder sollen die Hochschulen bei der Konzeption von umfänglichen **Kommunikationsstrategien** unterstützen und diese vor allem bei neuen Forschungsprojekten von Beginn an mitdenken. Wissenschaft soll so befähigt werden, konkrete Ergebnisse und Lösungen zu entwickeln und diese entsprechend in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.

Darüber hinaus ist die internationale Sichtbarkeit von deutschen Forscherinnen und Forschern sowie von Forschungsergebnissen nachhaltig zu fördern, bspw. über umfangreiche Unterstützung bei Konferenzteilnahmen, der Konzipierung von internationalen Veranstaltungen sowie der Publikation in renommierten Journals.

7. Kooperation von Wissenschaft & Wirtschaft & Gesellschaft

Neben der Kooperation unter Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Instituten, soll auch die stärkere Verflechtung von Wissenschaft und Wirtschaft gefördert werden. Der **Transfer von Wissen und Technologien** in Wirtschaft und Gesellschaft soll strategisch gestärkt werden. Der Schlüssel für die wirtschaftliche Verwertung dieses Wissens besteht im Gründen neuer Unternehmen. Nur mit solchen Startups ist es möglich, Disruption in den Markt zu bringen, wie auch ein Blick auf die neu entstandenen Technologie-Giganten der letzten Jahrzehnte zeigt, die allesamt als Startups gestartet sind. **Entrepreneurship** muss daher das neue Paradigma beim Transfer werden. In diesem Sinne sind geeignete Strukturen für das Gründen und Ausgründen zu schaffen. Das betrifft insbesondere Patentregelungen und Beteiligungsstrukturen. Dazu ist eine nationale Patent- und Ausgründungsstrategie mit klaren Best-Practice-Standards notwendig.

Ziel ist die nachhaltige Förderung und Verankerung eines Gründergeistes in der akademischen Ausbildung sowie Karriereverläufen. Die Implementierung und der Ausbau von dualen Studiengängen leisten einen wichtigen Beitrag hierzu sowie zur Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft insgesamt. Das duale Studium als qualitativ geschützten Ausbildungsweg zu sichern, ist deshalb unabdingbar.

Themen- und technologieoffene Projektförderung, die für die Wirtschaft – vor allem für den Mittelstand – nutzbar und interessant ist, steht hierbei im Vordergrund. Erleichtert werden soll der Transfer über gezielte Förderung, wie die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF), Gründerfonds und –programme, Kooperationsprogramme und Netzwerkformate sowie die Verankerung von unternehmerischer Kompetenz in der Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie der Pandemie-Erfahrungen ist insbesondere die Universitätsmedizin als wichtiges Element eines zukunftsfähigen und resilienten Gesundheitssystems zu fördern. Medizinische Forschung und Versorgung sollten hierbei stärker ineinandergreifen. Auch der Bereich der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften ebnet in Zeiten sozialer Transformationen Wege für eine offene und freiheitliche Gesellschaft.

8. Bau- und Sanierungsbedarf

Um den Bedarf an Wohnraum für Studierende besser zu decken, sind mit einem Bund-Länder kofinanzierten Programm zusätzliche Wohnheimplätze in standardisierter, modularisierter Bauweise zu schaffen. Auch die Einrichtung von Förderprogrammen zur Schaffung von preisgünstigen und studiengerechten Wohnheimplätzen spielt hierbei eine wichtige Rolle.

Auch bauliche Sanierungsmaßnahmen und klimaschonende Ertüchtigungen sind wichtige Aspekte. Der bundesweit bestehende Sanierungsstau im Hochschulbereich der zumeist in den 60er und 70er erstellten Bestandsgebäude bleibt eine Herausforderung, die ein koordiniertes Vorgehen und die Diskussion alternativer Finanzierungsmöglichkeiten notwendig macht.